

keine hinreichende Bedingung für eine systematisierende Analyse von Transformationsverläufen in Mittel- und Osteuropa darstellt. Die Studie macht jedoch die zeitlichen Abläufe und dynamischen Zusammenhänge der Transformationsprozesse deutlich, und das war nicht zuletzt die Hauptintention des Unternehmens (S. 17).

Frank Geißler

Claus Offe, Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 1994, 301 S.

Claus Offe hat für den Titel seines Buches ein neupolnisches Bonmot verwendet, um seine in verschiedenen Artikeln und Vorträgen geäußerten Gedanken über die osteuropäischen Transformationsprozesse einem breiteren Leserkreis zugänglich zu machen. Der Titel, der die zerstorbenen 1989er Hoffnungen der Osteuropäer auf den Punkt bringt, drückt zugleich *Offes* Sicht der Dinge aus: Enttäuschung, Chaos und autoritäre Gefahren im Osten drohen im inzwischen ermühten Westen das erreichte Maß an Zivilität in Frage zu stellen. Essayistisch gewandt, mit einer Sprache, die nicht in ein szientifisches Kauderwelsch gerät, verrät der Autor nicht nur mit dem Titel eine sanfte

Ironie. Den Gegenstand seiner Überlegungen weitet er in einem doppelten Sinne wohlthuend aus: Weder die Beschränkung auf die nationale Variante der Transformation in Gestalt der deutschen Vereinigung, noch die von vielen Autoren nach dem Beitritt der DDR bevorzugte Ausblendung Ostdeutschlands aus dem osteuropäischen Kontext liegen in *Offes* Absicht. Vielmehr betrachtet er die postkommunistischen Transformationsgesellschaften als von gemeinsamen Strukturproblemen betroffen.

Im Vordergrund seiner vergleichenden Überlegungen steht das Bemühen um eine begriffliche und theoretische Einordnung der Transformationsprozesse der mittel- und osteuropäischen Länder unter Verwendung der bei der Untersuchung westlicher Demokratien entwickelten politischsoziologischen Kategorien. Bei dieser Gelegenheit wird das westliche Gesellschaftsmodell nachgezeichnet und einer kritischen Überprüfung unterzogen. Die bereits durchlaufenen Stationen politischer Modernisierung westlicher Gesellschaften begründeten deren Überlegenheit im Ost-West-Konflikt. Dabei handelte es sich um die rechtsstaatliche Garantie der liberalen Grundrechte und des Schutzes von Leben und Eigentum, der demokratischen Teilhabe und der sozialstaatlichen Rechtsansprüche auf Sicherung und Umverteilung. Die Schwierigkeiten des Transformationsprozesses bestünden nun darin, diese in den westliche Gesellschaften (im

Sinne des Modells von T. H. Marshall) stufenweise vollzogene Verbindung von pluraler Massendemokratie, Marktwirtschaft sowie Sozial- und Rechtsstaat gleichzeitig verankern zu müssen, obwohl die soziokulturellen Voraussetzungen dafür kaum vorhanden seien (S. 64ff.). In soziale Notlagen gleitende Bevölkerungsschichten stellen sich dabei die Frage, wie die tiefgreifenden wirtschaftlichen Umbrüche zu gestalten sind. Die mit materiellen Notlagen schwindenden individuellen Handlungsspielräume lassen zugleich die Chancen der Demokratisierung schwinden. Zur Lösung des „Dilemmas der Gleichzeitigkeit“ plädiert *Offe* für eine aktive Sozialpolitik (S. 78). Die Rationalität einer sozialpolitischen Abfederung des Transformationsprozesses sieht er in der materiellen Unterfütterung des Vermögens zu Warten begründet. Den damit von existentiellen Nöten befreiten Transformationsverlierern würde soermöglicht werden, die Zeit bis zur Überwindung des „Tals der Tränen“ (Dahrendorf) überbrücken zu können, ohne die politische Unterstützung der Reformpolitik einzustellen.

Offe bietet hinsichtlich der sozialen Dimension der Umbrüche bemerkenswerte Einsichten. Allerdings erweist sich im Rahmen dieser Interpretation die Erklärung der politischen Entwicklung in Ostdeutschland als schwierig. Zwar ist die modernisierungspolitische Funktion von Sozialpolitik in Gestalt der Unterstüt-

zung von Separierung und funktionaler Differenzierung gesellschaftlicher Subsysteme klar. Die in Meinungsumfragen und Wählerpräferenzen für die PDS zum Ausdruck kommende Entwicklung deutet jedoch daraufhin, daß selbst umfangreiche sozialpolitische Arrangements nicht die politische Zustimmung für Marktwirtschaft und liberale Demokratie wie auch für den gesamten Einigungsprozeß nachhaltig sichern konnten. Die im wesentlichen aus westdeutschen Transfers gespeisten Sozialleistungen haben keineswegs die unzureichende Verankerung demokratischer Normen und Institutionen kompensieren können. Zwar mögen die aus existentiellen Nöten sich ergebenden Mobilisierungspotentiale für populistische Sammlungsbewegungen „ruhiggestellt“ worden sein. Aber die von *Offe* als Ergebnis von Sozialpolitik vermutete Transformationsunterstützung ergab sich im Fall Ostdeutschlands nicht im selben Maße. Offensichtlich ist menschliches Verhalten weniger veränderbar als die Institutionen, in denen es sich abspielt. Der kommunistische Staat existiert nicht mehr, aber er reproduziert sich in den Köpfen der Menschen und in ihren – empirisch bereits ausgiebig festgestellten – autoritären Denkweisen. Diese eingeschliffenen mentalen und habituellen Dispositionen gefährden die Legitimation der institutionellen Neubauten der Demokratie, die nicht durch Verfahren erfolgt, sondern sich stärker als in westlichen Ländern am

Output orientiert. Das unterscheidet diesen eher an Autoritäten als an demokratischen Institutionen orientierten Teil der Bevölkerung von vergleichbaren Bevölkerungsteilen in westlichen Gesellschaften: Autoritätsfixierung hängt in den Transformationsgesellschaften offensichtlich davon ab, ob die jeweils erwartete Leistung auch eintritt. Tritt sie nicht ein, erscheinen in Ostmitteleuropa wie in Ostdeutschland die vorher mit Verwe abgewählten kommunistischen Parteien wieder wählbar.

Mit dieser Wendung im Wahlverhalten ist vorerst noch nichts über den Erfolg oder Mißerfolg der Umbrüche gesagt, schließlich sollte man die Integrationsfreudigkeit und das Anpassungspotential postkommunistischer Funktionsträger nicht unterschätzen. Wohl aber sind damit Einschränkungen hinsichtlich der Offeschen Sicht der Dinge möglich: Sozialpolitik und Transformationsunterstützung sollten nicht kurzschlüssig zusammengedacht werden. Auch die Geschlechtsspezifik der Transformationsverlierer am Arbeitsmarkt stellt *Offe* klar heraus, nicht ohne dafür einen Grund nennen zu können: Im Zuge des Umbaus der Zentralverwaltungswirtschaft und der mit unterschiedlicher Vehemenz vorangetriebenen ökonomischen Reformen fehlende Kinderbetreuungsplätze, seien verantwortlich für den hohen Frauenanteil bei den Arbeitslosen (S. 131). Die in kommunistischen Staaten zelebrierte Vollbeschäftigung

von Frauen wird damit jedoch für bare Münze genommen. Ein Blick auf die hierarchische Verteilung dieser Vollbeschäftigung vor dem „big bang“ verschafft jedoch Aufschluß über die ungleichen Ausgangssituationen von Frauen und Männern. Anders gesagt: Das Verschwinden der sozialen Errungenschaften (S. 114) des Systems gibt zuerst Aufschluß über die praktizierte Konservierung traditioneller Geschlechtsidentitäten, also darüber, daß Frauen in Osteuropa nur administrativ „emanzipiert“ waren. Diese unterschiedliche Startposition beim Rennen in die Marktwirtschaft sorgte dann m. E. auch primär für die hohe Frauenarbeitslosigkeit. Und erst in zweiter Instanz läßt sich dies den Härten des Übergangs zurechnen (bei einer sektoralen Betrachtungsweise müßte hier allerdings der akademische Bereich in Ostdeutschland ausgenommen werden). Ungeachtet derartiger Einschränkungen vermag *Offe* mit der nun in Buchform vorliegenden und überarbeiteten Sammlung zuvor disparat veröffentlichter Aufsätze Anregungen zu geben, wie sie von den detailversessenen Osteuropaforschern vergeblich erwartet wurden.

Frank Geißler